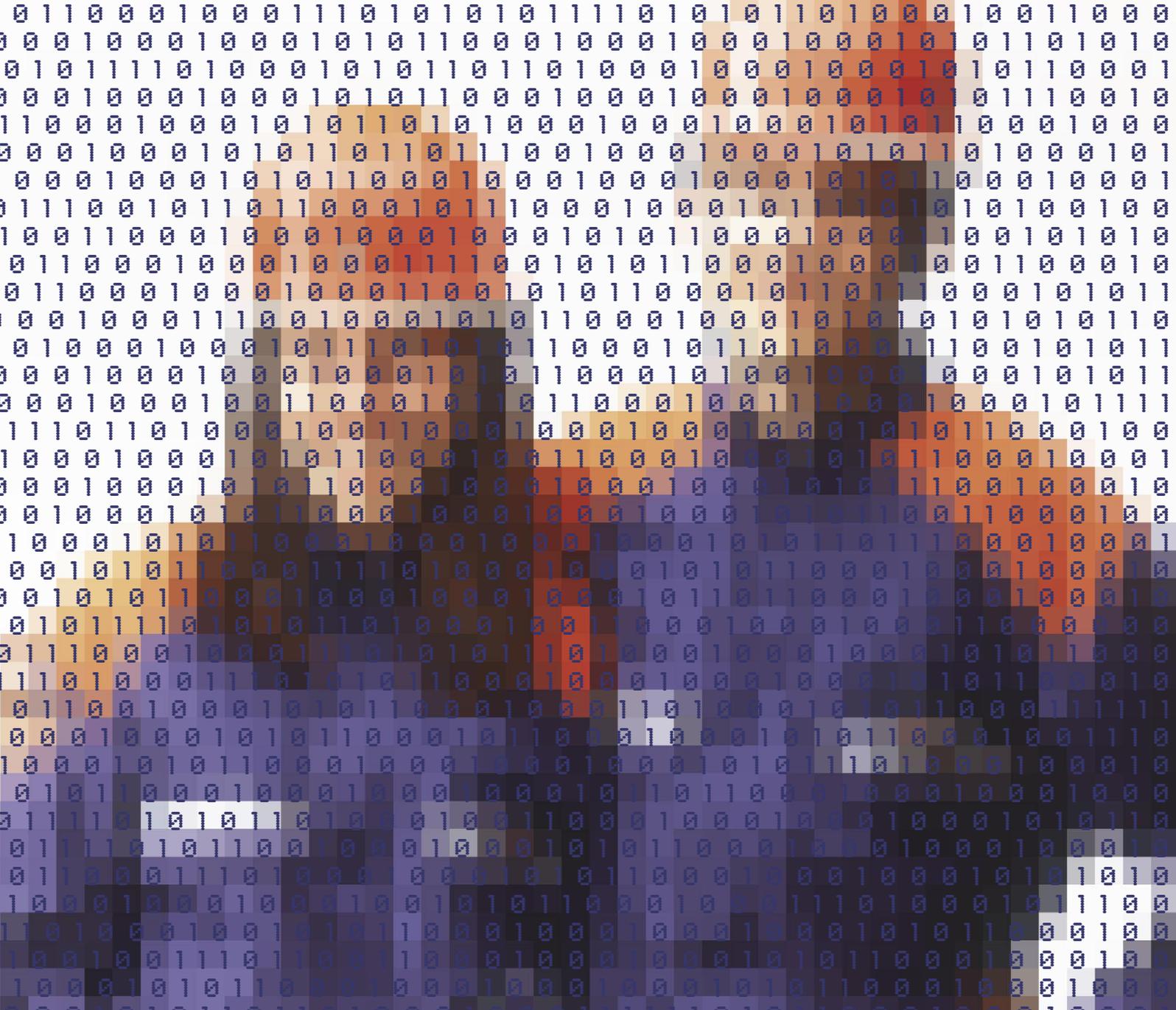


# LAUFFEUER

# 2

Die Zeitschrift der DEUTSCHEN JUGENDFEUERWEHR

Februar 2021



## Digitalisierung in der Jugendfeuerwehr

# Angriffe auf die Jugendarbeit



## AfD-Jugendstudie sieht zunehmende Einflussnahme bei Jugend- und Bildungspolitik

Professor Benno Hafener, Jugendforscher der Philipps Universität Marburg im Gespräch mit Redaktionsmitglied Holger Schönfeld, dem ehemaligen Bildungsreferent der Hessischen Jugendfeuerwehr, über eine neue AfD-Jugendstudie \*)

**B**ekanntermaßen versuchen vor allem rechtsextreme Parteien und Gruppierungen zur Umsetzung ihrer ideologischen Ziele ihr Gedankengut in allen Bevölkerungsschichten und vor allem in der jungen Generation zu verbreiten. Solche Bestrebungen machen nicht Halt vor Vereinen, Verbänden und insbesondere auch Jugendorganisationen. Oft werden in diesem Zusammenhang beispielsweise die Rekrutierungsbestrebungen von NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland) sowie REP (Die Republikaner), die vor allem „nach der Wende“ in den neuen Bundesländern massiv aufgetreten waren, oder aktuell die der AfD (Alternative für Deutschland) genannt. Wie sehen hier insbesondere die Strategien und Strukturen der AfD aus, um in die Zivilgesellschaft hineinzuwirken?

Es ist vor allem die AfD als dominierende Partei im rechts-extremen/ -populistischen Lager, die versucht in die organisierte Zivilgesellschaft hineinzuwirken und hier Einfluss zu gewinnen. Das gilt für die demokratischen Verbände, die Gewerkschaften, den Sport und auch die Kirchen als große zivilgesellschaftliche Organisationen. Damit versucht die AfD – einem Papier „Strategie 2019 bis 2025“ folgend – sich in der Gesellschaft zu verankern. Es sind vor allem vier Strategievarianten – man nennt sie rechte Interventionen – erkennbar:

Erstens wird versucht auf Listen für Gremien (Vorstände, Betriebsräte, Beiräte u. a.) zu kandidieren, um Fuß zu fassen und Einfluss zu nehmen.

Zweitens werden Einladungen – wenn sie ausgesprochen werden – von AfD-Abgeordneten und Akteuren gerne wahrgenommen, um zivilgesellschaftliche Foren (Delegiertenkonferenzen, Mitgliederversammlungen u. a.) als Bühne zu nutzen.

Drittens sind es die sozialen Medien und digitalen Kommunikationskanäle, mit denen versucht wird, in die Zivilgesellschaft hinein Stimmung zu machen, fake news und Halbwahrheiten zu verbreiten.

Viertens sind es kleine und große Anfragen in Parlamenten, mit denen die AfD ihr missliebige – d. h. demokratisch engagierte, menschenrechtlich basierte und diversitätsorientierte - zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Ausrichtung und ihren Aktivitäten anfragt, kritisiert und denunziert. Damit versucht sie sich als sogenannte „Watchdogs“ und „Kümmererpartei“ zu inszenieren.

Daneben versucht die AfD die „andere“ Seite der Zivilgesellschaft – in einer Publikation ist die Rede von der «schmutzigen Seite der Zivilgesellschaft» - und zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie die von «Pegida» oder die sogenannten „Querdenken-Demonstrationen“ zu unterstützen bzw. sich in ihnen aktiv oder auch federführend zu beteiligen. Vereinzelt gibt es auch eigene Listen, z. B. bei Betriebsratswahlen als „alternative Interessenvertretung“. Dann ist sie dabei eigene parteinahe Strukturen und rechte Netzwerke (z. B. „Ein Prozent“) zu entwickeln, dazu gehört insbesondere die 2017 gegründete politische «Desiderius-Erasmus-Stiftung“.

*In einer aktuellen Jugendstudie mit dem Titel „Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will“\*) untersuchen Sie und andere Marburger Wissenschaftler das Verhältnis der AfD zur „heutigen“ Jugend. Zusammenfassend kommen Sie hier unter anderem zu dem Schluss, dass das Jugendbild der AfD und das Jugendbild der Verbände von einer „offenen Gesellschaft“ nicht zusammenpassen. Woran lässt sich das konkret ableiten?*

Wir haben uns über 700 Kleine und Große Anfragen, Anträge und Debattenbeiträge von AfD-Abgeordneten in allen Landtagen und im Bundestag zur Jugend- und Bildungspolitik angesehen. Die Auswertung zeigt, dass offen und aggressiv oder mehr subtil und verdeckt Jugendverbände, Träger der politischen Bildung, Einrichtungen der offenen und kulturellen Jugendarbeit, Initiativen gegen rechten Extremismus und Menschenfeindlichkeit oder der Programme zur Extremismusprävention, dann auch Fridays for Future mit ihren Themen, Aktivitäten und Zielen angefragt, kritisiert und mit Unterstellungen versehen werden. Dazu gehören u. a. Landesjugendringe, die SJD „Die Falken“, die Gewerkschafts- und Naturfreundejugend, aber auch kirchliche Gruppen, die Sportjugend und Jugendfeuerwehr, die Jusos und Grüne Jugend. Ihrem demokratischen Engagement wird von der AfD politische Einseitigkeit – bis hin zur Zusammenarbeit mit Linksextremisten – unterstellt, und wiederholt wird deren Förderungswürdigkeit thematisiert und infrage gestellt. Ziel der parlamentarischen Aktivitäten der AfD ist, den Pluralismus, die Vielfalt und die Handlungsspielräume der Jugendarbeit/-bildung – eine der Stärken der bundesdeutschen Jugendpolitik und Jugendarbeit/-bildung – einzuschränken. Weiter sollen ganze Arbeits- und Handlungsbereiche – so vor allem die

**„Die AfD unterstellt der Jugendfeuerwehrjugend und anderen Jugendgruppen politische Einseitigkeit und stellt ihre Förderungswürdigkeit in Frage.“**

Professor Hafener

\*) B. Hafener, H. Jestädt, M. Schwertheim, N. Schumacher, G. Zimmermann. Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtspartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. WOCHENSCHAU Verlag Frankfurt, 2021

## „Für antidemokratische menschenfeindliche Parteien und Akteure darf es keine öffentliche Bühne oder Plattform geben!“

Professor Hafeneeger

mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten – abgeschafft werden. Zur Begründung all dessen wird in den Frage- und Forderungskatalogen der Begriff der „Neutralität“ für ihre Interessen und ihr Demokratieverständnis instrumentalisiert.

*Offenbar genießt die AfD bei der jungen Generation nur wenig Sympathien, was sich auch dadurch belegen lässt, dass etwa Jungwähler in der Vergangenheit die AfD unterdurchschnittlich gewählt haben. Kann man davon ausgehen, dass angesichts der in diesem Jahr anstehenden Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen (immerhin sechs Landtagswahlen und im September 2021 die Bundestagswahl) die AfD versuchen wird, ihren Einfluss in Gesellschaft, Politikbetrieb und Verwaltung massiv zu steigern. Sind hier beispielsweise auch Auswirkungen auf die finanzielle oder inhaltliche Förderung der Jugend-Bildungsarbeit bei den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe zu befürchten, da durch die AfD ja eine «engagierte, demokratische und vielfältige Jugend» offensiv in Frage gestellt wird?*

Die AfD agiert bisher in allen Parlamenten aus der Oppositionsperspektive und hat keine Gestaltungsoptionen; sie zeigt aber mit ihren Anträgen und Anfragen, in welche Richtung sie die Förderung inhaltlich und finanziell verändern will. Damit versucht sie wiederholt Stimmung gegen demokratisch engagierte Träger, Themen, Aktivitäten und Personen zu machen. Das hatte bisher auf Länder- und Bundesebene sowie in der großen Mehrzahl der Kommunen keine erkennbaren Auswirkungen. Das würde sich sicher mit Blick auf die öffentliche Kommunikation und Stimmungsmache verändern, wenn sie mit den Wahlen 2021 parlamentarisch stärker würde; vor allem aber würde das sich ändern, wenn die AfD in Koalitionen machtpolitische Optionen hätte und Entscheidungen beeinflussen, treffen und administrativ durchsetzen könnte. Dann würde sie versuchen die Träger- und Förderlandschaft sowie Schwerpunktsetzungen zu verändern bzw. neu auszurichten und „nach rechts“ zu verschieben.

*Grundsätzlich lässt sich feststellen, so ein weiteres Ergebnis der Studie, dass die AfD mit der „Neuausrichtung“ ihrer Jugendpolitik die Strategie verfolgt, die gesellschaftliche Kultur, Jugend- und Bildungspolitik stark zu verändern“. Was bedeutet das konkret und welche Interventionen müssen befürchtet werden? Denunziert die AfD nicht auch die junge Generation, wenn etwa auch der Klimawandel geleugnet oder alternative Lebensentwürfe diffamiert werden.*

Die AfD denunziert Teile der jungen Generation, grenzt sie aus und spaltet sie. Dabei passt ihr die ganze Richtung der Jugendförderung nicht, weil es ihr letztlich – wie dem gesamten rechtsextremen und -populistischen Lager, der «neuen» Rechten mit ihren Denkfabriken – um eine illiberale und autoritär formierte Demokratie und eine Verschiebung der politischen Kultur nach rechts geht. Wie die AfD die Welt und die Jugend sieht zeigen ein paar Beispiele: Geleugnet wird der anthropogene Klimawandel, denunziert werden die Demonstrationen von Fridays for Future als „illegale Schülerstreiks“, abgelehnt werden Aufklärungswerkshops in Schulen oder Aktivitäten wie „Schule ohne Rassismus“ ebenso plurale sexuelle Orientierungen und Lebensweisen. Im Jugendbild der AfD werden eine deutsch-nationale Erziehung und eine ethnisch homogene, angepasste und patriotische Jugend favorisiert.

*Im letzten Jahr hielt im Rahmen einer Feuerwehrverbandsversammlung in Thüringen der dortige AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke, der dem rechtsextremen Flügel seiner Partei zugeordnet wird und nach einem Gerichtsbeschluss als „Faschist“ bezeichnet werden darf, offiziell ein Grußwort. Im Nachgang hierzu gab es eine breite, kontroverse innerverbandliche Diskussion darüber, inwieweit ein derartiger Auftritt „hinnehmbar“ ist. Die Thüringer Jugendfeuerwehr positionierte sich dabei eindeutig gegen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD oder auch mit anderen rechtsextremen Organisationen, die den „Werten der Jugendfeuerwehr diametral entgegenstehen“. Was sollten Verbände und ihre Jugendorganisationen tun, um sich gegen eine wachsende Einflussnahme oder gar „Unterwanderung“ – etwa auch im kommunalen Bereich – zu wehren? Sollte hier etwa der Ausschluss von rechtsextremen Mandatsträger\*innen bei öffentlichen Veranstaltungen der Jugend-/Feuerwehren erwogen werden?*

Zum Umgang mit rechtsextremen/-populistischen Mandatsträgern ist ein Suchprozess im Gange, und das gilt auch für Einladungen von Verbänden. Er pendelt zwischen Gesprächs- und Auseinandersetzungsbereitschaft, die auf Überzeugungsarbeit setzt einerseits und eindeutiger Abgrenzung und Distanz gegenüber antidemokratischen menschenfeindlichen Parteien und Akteuren andererseits. Viele Verbände haben Handreichungen herausgegeben, klare Positionen und rote Linien formuliert. Diese orientieren sich an ihrem – mit Würde und Gleichwertigkeit, sozial-moralischen Wurzeln verbundenen – Menschenbild und werden meist bei Antisemitismus, Rassismus und der pauschalen Abwertung ganzer Menschengruppen gezogen. Weiter ist die Überlegung von Bedeutung, diesen Parteien und ihren Akteuren keine öffentliche Bühne und Plattform zu geben, nicht zu ihrer Aufwertung und Normalisierung beizutragen oder gar Zusammenarbeit zu signalisieren.

## „Die AfD versucht auf Listen für Gremien (Vorstände, Betriebsräte u.a.) zu kandidieren, um Einfluss zu nehmen.“

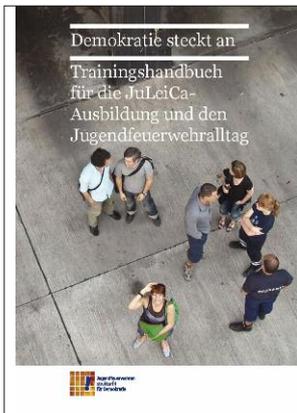
Professor Hafeneeger



Das zentrale Feld der Auseinandersetzung von Verbänden und ihren Jugendorganisationen mit rechtem Extremismus und Populismus liegt in vier Bereichen: einer innerverbandlichen Auseinandersetzung bei rechtem Gedankengut und Vorfällen; einer aufklärenden und demokratiebewussten Bildungsarbeit; einem gelebten demokratischen Alltag, der Anerkennung, Integration und Toleranz ihrer Mitglieder fördert; klaren Grenzmarkierungen, die auch zur offenen Konfrontation und zum Ausschluss führen können, wenn Grenzen überschritten werden. Weiter müssen Verbände und Jugendorganisationen als zivilgesellschaftliche Träger und Akteure sich in einer demokratischen und offenen Gesellschaft immer wieder neu und unmissverständlich positionieren – weil es um die Zukunft der liberalen und rechtsstaatlich verfassten Demokratie geht.

**„Das Demokratieprojekt der DJF sollte weiterentwickelt werden ... es gilt auch zu vergegenwärtigen, dass die verbandliche Realität bunter und vielfältiger geworden ist.“**

Professor Hafener



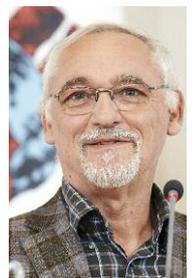
Trainingshandbuch „Demokratie steckt an“..

*Blicken wir noch einmal zurück: Vor gut zehn Jahren hat die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) ein Modellprojekt mit dem Titel „Jugendfeuerwehr – strukturfit für Demokratie“ entwickelt und auf den Weg gebracht. Sie haben dieses Projekt wissenschaftlich begleitet. Schon damals ging es darum, Multiplikator\*innen der unterschiedlichsten Jugend-/Feuerwehren-Verbandsebenen etwa gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalsozialismus zu sensibilisieren und zu qualifizieren – und sich natürlich auch als bundesweite Jugendorganisation gegen rechts-extreme Vorfälle eindeutig zu positionieren. Die Konzeption des DJF-Demokratieprojektes war damals innerverbandlich zunächst umstritten, konnte aber erfolgreich im Verband implementiert werden. Die AfD existiert bekanntlich ja erst ab 2013, also vor dem Beginn der eigentlichen Projekterstellung, offiziell als Partei. Würden Sie der DJF raten, auch angesichts der Erkenntnisse aus der aktuellen AfD-Jugendstudie, das Demokratieprojekt weiter zu entwickeln? Welche, vielleicht auch neuen, Schwerpunkte oder Aktivitäten – zum Beispiel Stärkung der Solidarität und Vernetzung mit anderen Jugendorganisationen – sollten für die aktuelle Auseinandersetzung mit der AfD verfolgt werden?*

Wenn es zutrifft, dass „Demokratieförderung und Extremismus-Prävention“ – so auch der Titel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ – keine vorübergehende, sondern eine Daueraufgabe ist, dann sollte auch die Jugendfeuerwehr ihr Demokratieprojekt – das damals auch eine Modellfunktion hatte, ausgewiesen und breit anerkannt war – weiterentwickeln. Dabei sollten Sensibilisierung und Qualifizierung weiter zentrale Merkmale sein. Darüber hinaus hätten die aktuellen Entwicklungen im rechten Lager und die politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen den Blick auf Alltagsrassismen und Sprachsensibilität, auf gesellschaftliche (und auch verbandliche) Diversität des Zusammenlebens, auf Zusammenhalt und Solidarität zu richten. Es gilt zu vergegenwärtigen, dass die (verbandliche) Realität bunter und vielfältiger geworden ist. Die AfD ist derzeit der zentrale Akteur mit vielen Vernetzungen im rechten Lager. Hier sollte die verbandspolitische Auseinandersetzung und die Suche nach angemessenen Umgangsformen vor allem in jugendpolitische Netzwerke – z. B. Jugendringe, Demokratiezentren – eingebunden sein.

**Zur Person:**

Professor Hafener lehrte und forsch an der Philipps-Universität Marburg. Schwerpunkte Jugendbildung/-kulturen und Rechtsextremismus. Zudem ist er anerkannter Experte mit aktuellen Forschungen zur Politik der AfD. Hafener hat ferner das DJF-Projekt „Strukturfit für Demokratie“ von 2000 bis 2008 wissenschaftlich mitbegleitet.



Sonderheft Lauffeuer zum Thema Demokratie.